

Datum: 27.02.2017

Az.: 10.61.01wo-hr

## Beschlussvorlage - öffentlich -

	Beratungsfolge	Datum
1.	Haupt- und Finanzausschuss	09.03.2017

**Betreff:**

Budget- und Produktbericht 2016

**Bestandteile dieser Vorlage sind:**

1. Das Deckblatt
2. Der Beschlussvorschlag und die Sachdarstellung
3. 1 Anlage

Der Bürgermeister	
Roland Schäfer	

Amtsleiter	Sachbearbeiter	
Hartl	Wolter	

**Beschlussvorschlag:**

Der Haupt- und Finanzausschuss nimmt die Vorlage – Drucksache Nr. 11/0838 – zur Kenntnis.

**Sachdarstellung:****Entwicklung der Budgets und Produkte**

Nach Ablauf des Jahres 2016 haben die Budgetverantwortlichen Stellungnahmen zur Entwicklung ihrer Budgets abgegeben. Die Produktverantwortlichen nehmen in ihren Berichten Stellung zur Zielerreichung sowie Leistungsentwicklung ihrer Produkte.

Die Stellungnahmen beinhalten neben Aussagen über die bisherige Entwicklung der Budgets auch Prognosen über das voraussichtliche Ergebnis im Jahr 2016. An dieser Stelle können noch keine Jahresabschlusszahlen vorgelegt werden, da der formelle Buchungsschluss für 2016 zum 20.01.2017 zwar festgesetzt wurde, aber etwaige Abschlussbuchungen immer noch erfolgen können. Die Haushaltsauswertungen, als Basis für die Budgetberichte, wurden bereits Ende Januar 2017 erstellt, um die Vorlagen termingerecht vorlegen zu können.

Die Stellungnahmen der Budgetverantwortlichen beziehen sich ausschließlich auf den Teil des Budgets, den sie beeinflussen können. Erträge bzw. Aufwendungen aus der Auflösung von Sonderposten sowie Abschreibungen werden vom StA 20 nach Abschluss des laufenden Haushaltsjahres gebucht.

Da die Budgetverantwortlichen mithin keinen Einfluss auf die Ergebnisse dieser Sachkonten haben und auch vom StA 20 noch keine verbindliche Prognose zu den Ergebnissen dieser Konten abgegeben werden kann, sind sie zwingend von der aktuellen Betrachtung auszuschließen. Nur so kann ein unverzerrtes Bild des voraussichtlichen Budgetergebnisses dargestellt werden.

Die Anlage zu dieser Vorlage beinhaltet die Stellungnahmen zu den Budgets und Produkten, für die der Haupt- und Finanzausschuss laut Zuständigkeitsordnung verantwortlich ist.

Ferner sind die Stellungnahmen zu den Buchungsstellen beigefügt, die in Deckungskreisen zusammengefasst zentral von den Zentralen Diensten und vom Sachgebiet für Hochbau- und Gebäudewirtschaft bewirtschaftet werden.

## Inhalt der Vorlage:

Budget	01.01	Gleichstellungsstelle	
	01.02	Personalrat	
	01.03	Bürgermeisterbüro	
	01.10	Zentrale Dienste	
	01.14	Rechnungsprüfungsamt	
	03.20	Amt für Finanzen und Steuern	
	04.61	Planung, Tiefbau, Umwelt, Liegenschaften	
	09.20	Allgemeine Finanzwirtschaft	
	Produkt	01.11.01	Gleichstellung von Frau und Mann
		01.11.03	Zentrale Dienste und Organisationsangelegenheiten
01.11.04		Personalmanagement	
01.11.05		Presse, Öffentlichkeitsarbeit, Städtepartnerschaften	
01.11.06		Technische Informationsverarbeitung	
01.11.07		Rechnungsprüfung	
01.11.10		Finanzmanagement	
01.11.11		Rechnungswesen	
01.11.12		Vollstreckung	
01.11.13		Steuern und sonstige Abgaben	
01.11.14		Beschaffung und Bereitstellung von Liegenschaften	
01.11.15		Gebäude- und Energiewirtschaft	
01.11.16		Technisches Immobilienmanagement/Hochbau	
01.11.19		Archiv	
01.11.20		Bürgermeisterbüro	
02.12.01		Statistik und Wahlen	
11.53.02		Beteiligung an den Gemeinschaftsstadtwerken (Versorgung)	
11.53.03		Beteiligung an den Gemeinschaftsstadtwerken (Gas)	
11.53.05		Beteiligung an den Gemeinschaftsstadtwerken (Wasser)	
15.57.01		Wirtschaftsförderung	
15.57.02		Tourismus	
15.57.03		Stadtmarketing	
16.61.01		Allgemeine Finanzwirtschaft (inhaltlich deckungsgleich mit dem Budget 09.20, s. daher: Ausführungen zum Budget 09.20)	
16.61.02		Allgemeine Finanzwirtschaft (inhaltlich deckungsgleich mit dem Budget 09.20, s. daher: Ausführungen zum Budget 09.20)	

## Gesamtentwicklung der städtischen Finanzen

Es folgt an dieser Stelle eine zusammenfassende Darstellung der von den Budgetverantwortlichen prognostizierten voraussichtlichen Jahresergebnisse der einzelnen Budgets in 2016:

Budgets	Budgetergebnis	Summe in T€
<b>Budgetbereich 1. Allgemeine Verwaltung</b>		
01. Gleichstellungsstelle		+/- 0
02. Personalrat		+ 4
03. Bürgermeisterbüro		+ 13
10. Zentrale Dienste		- 9
14. Rechnungsprüfungsamt		+/- 0
	<b>Summe Budgetbereich 1.</b>	<b>+ 8</b>
<b>Budgetbereich 2. Ordnung und Soziales</b>		
33. Bürgerbüro		+ 3.327
40. Schulverwaltung, Weiterbildung und Sport		+ 82
51. Jugendamt		+ 752
	<b>Summe Budgetbereich 2.</b>	<b>+ 4.161</b>
<b>Budgetbereich 3. Finanzen und Kultur</b>		
20. Finanzen und Steuern		- 4.103
30. Rechtsamt		+ 1
41. Kulturreferat		- 69
	<b>Summe Budgetbereich 3.</b>	<b>- 4.171</b>
<b>Budgetbereich 4. Bauen und Wohnen</b>		
60. Bauberatung, Bauordnung und Hochbau		+ 87
61. Planung, Tiefbau, Umwelt, Liegenschaften,		+ 765
68. Baubetriebshof		+ 5
	<b>Summe Budgetbereich 4.</b>	<b>+ 857</b>
<b>Budgetbereich 9. Allgemeine Finanzwirtschaft</b>		
9. Allgem. Finanzwirtschaft		+ 981
	<b>Summe Budgetbereich 9.</b>	<b>+ 981</b>
	<b>Summe aller Budgets</b>	<b>+ 1.836</b>
<b>Ergebnis der Deckungskreise:</b>	<b>Verbesserung:</b>	<b>+ 896</b>
<b>Gesamtprognose:</b>	<b>Verbesserung:</b>	<b>+ 2.732</b>

Bei den oben ausgewiesenen Summen handelt es sich um prognostizierte Jahresbeträge. Die als Anlage beigefügten Budgetberichte wurden aufgrund hochgerechneter Zahlen, auf Basis der Zwischenergebnisse von Ende Januar 2017, ermittelt. Weitere Erläuterungen zur Gesamtprognose finden sich am Ende des Berichtes unter „Gesamtbeurteilung des Ergebnisplanes“.

### **Bürgerbüro Budget 02.33**

In diesem Gesamtbereich der sich aus den Sachgebieten Ordnungsangelegenheiten/Feuerwehr, Bürgerbüro/Standesamt und Soziales zusammensetzt wird per 31.12.2016 mit einem **Mehrertrag** von insgesamt **3.327 T €** gerechnet. Im Budgetbereich Soziales, Senioren, Gesundheit ist eine Verbesserung bei der pauschalen Landeszuweisung nach dem FlüAG von 3.927 € zu verzeichnen. Dies basiert auf den bisher vereinnahmten Landeszuweisungen, die trotz geringerer Aufwendungen durch die Anrechnung der Notunterkunft Häupenweg („Zeltstadt“), geleistet wurden. Für den Zeitraum des Betriebes der Notunterkunft wurde die maximale Personenkapazität der Einrichtung von 600 Personen auf die Zuweisungsquote der Stadt Bergkamen angerechnet. Hinzu kommen höhere Erträge aus den Bereichen Personal und dem Rechtskreiswechsel vom AsylbLG in die Bereiche SGB II / SGB XII von insgesamt rund 200 T €. Dem gegenüber stehen höhere Aufwendungen nach dem AsylbLG sowie ein erhöhter Zuschussbedarf für die Unterbringung von Flüchtlingen von 750 T €. Dies resultiert aus der zusätzlichen Anmietung von sozialhilferechtlichen angemessenen Wohnraum zur Unterbringung der zugewiesenen Personen. Auf die erheblichen Unsicherheiten der zukünftigen Kostenentwicklung beim Thema Integration wird hingewiesen. Dem gegenüber zu stellen sind die Minder- und Mehrerträge in den Bereichen Bürgerservice, Standesamt und Ordnungsangelegenheiten. Die letztendlich rechnerisch bei einem Mehrertrag von rd.44 T € liegen.

### **Schulverwaltung, Weiterbildung und Sport 02.40**

Zur Verbesserung des Budgets trägt in erster Linie die VHS bei. So sind durch hohe Teilnehmerzahlen und durch die Vielzahl der Auftragsmaßnahmen für das Bundesamt für Migration und Flüchtlinge (BAMF) und andere Drittmittelgeber Mehrerträge entstanden. Auch im Bereich der Aufwendungen für die Schülerbeförderung konnte eine Verbesserung erzielt werden. Zum Teil wurden diese Einsparungen im Bereich der Unterhaltung der Sportanlagen eingesetzt. Letztendlich wird hier eine Budgetverbesserung von rd. **82 T €** erzielt.

### **Jugendamt Budget 02.51**

Zum 31.12.2016 ist mit einer Budgetverbesserung in Höhe von **752 T €** zu rechnen. Hauptursache für die positive Budgetentwicklung 2016 sind die weiterhin geringen Aufwendungen für stationäre Hilfen zur Erziehung. Die Aufwendungen für die Unterbringung von 26 unbegleiteten minderjährigen Flüchtlingen, werden durch Erträge aus den Kostenerstattungen des Landes nahezu vollständig ausgeglichen. Hinzu kommt eine Verwaltungskostenpauschale von 3.100 € jährlich für den vorgenannten Personenkreis.

Durch Minderausgaben in dem Bereich „erzieherische Hilfen“ konnten Mehrausgaben in den Bereichen Tagespflege, Tageseinrichtungen und Unterhaltsvorschuss aufgefangen werden.

### Finanzen und Steuern Budget 03.20

1. Im Bereich der Verwaltungsvollstreckung führen Säumniszuschläge zu Mehrerträgen in Höhe von 8 T€.
2. Stundungszinsen im Bereich der Gewerbesteuer führen zu einer Verschlechterung in Höhe von 3 T€.
3. Zum jetzigen Zeitpunkt kann noch nicht abgesehen werden, wie hoch die Ergebnisabführung des SEB an den städtischen Haushalt ausfallen wird. Insofern wird zunächst keine Ergebnisabführung (Planansatz: 4.118 T€) eingerechnet.
4. Die Konzessionsabgaben der GSW Gemeinschaftsstadtwerke im Bereich Stromversorgung fallen insbesondere aufgrund der Abrechnung für das Jahr 2015 um 78 T€ niedriger aus als eingeplant.
5. Die Bürgschaftsprovision der GSW führt zu Mindererträgen in Höhe von 2 T€.
6. Das Gestattungsentgelt der GSW für den Bereich Fernwärme unterschreitet den Ansatz um 29 T€.
7. Die Konzessionsabgaben der GSW Gemeinschaftsstadtwerke im Bereich Gasversorgung fallen insbesondere aufgrund der Abrechnung für das Jahr 2015 um 77 T€ niedriger aus als eingeplant.
8. Die Gewinnausschüttung der GSW führt zu Mehrerträgen in Höhe von 84 T€.
9. Es wird aktuell davon ausgegangen, dass die Ergebnisabführung des EBB für das Jahr 2016 zu einer voraussichtlichen Verschlechterung in Höhe von 46 T€ führen wird.
10. Die Konzessionsabgaben der GSW Gemeinschaftsstadtwerke im Bereich Wasserversorgung fallen um 72 T€ höher aus als eingeplant.
11. Der tatsächliche Bescheid der Bezirksregierung Arnsberg zur Krankenhausfinanzierung ergibt eine Verbesserung des Budgets in Höhe von 11 T€.
12. Aufgrund der höheren Gewinnausschüttung der GSW ist bei der Kapitalertragsteuer eine Verschlechterung in Höhe von 12 T€ zu verzeichnen.
13. Die Abrechnung der VKU für das Jahr 2015 führt zu Minderaufwendungen bei dem Refinanzierungsanteil ÖPNV in Höhe von 87 T€.

Letztendlich ist hier eine Budgetverschlechterung in Höhe von **4.103 T €** zu beziffern.

### **Kulturreferat Budget 03.41**

Durch den Rückgang von Schülerzahlen (demographische Entwicklung, G8) und eine gestiegene Anzahl von Ermäßigungsberechtigten kommt es im Bereich der Musikschule zu Mindererträgen bei den Benutzungsgebühren und bei den privatrechtlichen Leistungsentgelten. Die Vorgaben zur Erhöhung der Entgelteinnahmen und der Kürzung bei den Honoraren konnten nicht erfüllt werden. Insgesamt ist einer Budgetverschlechterung in Höhe von **69 T €** zu verzeichnen.

### **Bauberatung, Bauordnung und Hochbau Budget 04.60**

In Jahr 2016 waren infolge des günstigen Zinsniveaus erhöhte Bautätigkeiten zu verzeichnen. Dadurch blieben die Fallzahlen im Bereich der Baugenehmigungsverfahren und der Einnahmen aus zugehörigen Baugenehmigungsverfahren konstant hoch. Es wird mit einem **Mehrertrag** Höhe von rund **87 T €** gerechnet.

### **Planung, Tiefbau, Umwelt, Liegenschaften 04.61**

Im Budget werden Erträge aus der Veräußerung von Grundstücken und Gebäuden erwirtschaftet. Die Höhe der erzielten Einzahlungen unter Berücksichtigung der Anlagewerte führt zu einer Budgetverbesserung. Im Bereich Beschaffung und Bereitstellung von Liegenschaften konnten höhere Erträge erzielt werden, da ein Teil der ehemaligen Hellwegschule seit Mitte 2016 an den Kreis Unna vermietet werden konnte und dies zu erheblichen Mehreinnahmen führte. Die Minderaufwendungen im Produkt Öffentliche Grün- und Freiflächen ergeben sich bei der internen Verrechnung mit dem Baubetriebshof. Der Umfang der möglichen Unterhaltungsarbeiten in den Grün- und Freiflächen aus dem Jahresauftrag an den städtischen Baubetriebshof, innere Verrechnung, begründet sich aus dem engen personellen Rahmen sowie der gesamten Aufgabenfülle des Baubetriebshofes. Das Budget schließt insgesamt mit einer Verbesserung in Höhe von **765 T €** ab.

## **Allgemeine Finanzwirtschaft Budget 09.20**

Rechnerisch ergibt sich eine Budgetverbesserung in Höhe von **981 T€**. Die einzelnen Positionen sind aus der in der Anlage beigefügten Tabelle ersichtlich. Endgültige Werte (insbesondere fehlende Abschlussbuchungen) ergeben sich erst nach Erstellung des Jahresabschlusses 2014.

1. Bei der Grundsteuer A ergeben sich Mindererträge in Höhe von 8 T€.
2. Bei der Grundsteuer B ergeben sich Mehrerträge in Höhe von 235 T€.
3. Bei der Gewerbesteuer des Jahres 2016 ergeben sich Mindererträge in Höhe von 235 T€. Darüber hinaus führen Absetzungen aus Gewerbesteuerforderungen zu Aufwendungen (vgl. Punkt 14).
4. Aufgrund der Abrechnung für den Gemeindeanteil an der Einkommensteuer ergibt sich eine Verschlechterung in Höhe von 42 T€.
5. Beim Gemeindeanteil an der Umsatzsteuer ergeben sich Mindererträge in Höhe von 3 T€.
6. Bei der Vergnügungssteuer ergeben sich Mehrerträge in Höhe von 255 T€.
7. Die Erträge im Bereich der Hundesteuer fallen um 10 T€ höher aus.
8. Nach dem Abrechnungsbescheid des Landes NRW ergeben sich bei den Leistungen aus dem Familienleistungsausgleich Mehrerträge in Höhe von 17 T€.
9. Die Schlüsselzuweisungen des Landes NRW fallen um 1 T€ niedriger aus als eingeplant.
10. Säumniszuschläge führen zu einer Verbesserung des Budgets um 7 T€.
11. Bei den Erträgen aus der Gewerbesteuervollverzinsung ergeben sich Verschlechterungen in Höhe von 123 T€.
12. Bei den Gewerbesteuerumlagen ergeben sich Minderaufwendungen in Höhe von 179 T€.
13. Der Kreistag hat in seiner Sitzung am 15.12.2015 beschlossen, die Kreisumlage auf einen Hebesatz von 46,67 v.H. festzusetzen. Gegenüber dem Planansatz ergeben sich Haushaltsverbesserungen in Höhe von 564 T€.
14. Die tatsächlichen Aufwendungen aus Forderungsabgängen führen insbesondere im Bereich der Gewerbesteuer zu einer Verschlechterung in Höhe von 932 T€.
15. Bei den Zinsaufwendungen aus der Gewerbesteuervollverzinsung ergeben sich Verbesserungen in Höhe von 139 T€.
16. Aufgrund der allgemeinen Zinsentwicklung kann eine Ersparnis bei den Zinsaufwendungen für Investitionskredite in Höhe von 763 T€ erzielt werden.
17. Aufgrund des zurzeit günstigen Zinsniveaus und der tatsächlichen Inanspruchnahme von Kassenkrediten können Zinseinsparungen in Höhe von 156 T€ erreicht werden.

### Entwicklung der Deckungskreise

Die Deckungskreise werden von den Budgetverantwortlichen in ihren Stellungnahmen nicht berücksichtigt. Daher folgt an dieser Stelle eine budgetübergreifende Darstellung der Deckungskreise:

Deckungskreis	Verbesserung(+) bzw. Verschlechterung (-) in T€
<b>Deckungskreis Personal (1)</b>	<b>+ 509</b>
<b>Deckungskreis Personal (3)</b>	<b>+ 309</b>
<b>Deckungskreise Sachaufwendungen:</b>	
Büroeinrichtungen und - maschinen (100)	+ 1
Wartung EDV-Anlagen und Büromaschinen (101)	+ 5
Mieten EDV-Anlagen und Büromaschinen (110)	+ 30
Unterhaltung Kfz, Steuer, Versicherung (130)	+ 1
Betriebsstoffe (131)	+/- 0
Versicherungen und Schadenfälle (140)	+ 3
Bürobedarf (141)	+/- 0
Literatur (142)	+/- 0
Porto, Frachtkosten, Mobilfunkgebühren (143)	+ 9
Öffentliche Bekanntmachungen (144)	+ 5
Dienstreisen (145)	+ 3
Software (147)	+ 7
Verfilmung/ Digitalisierung von Schriftgut (148)	+ 1
Technischer Sonderbedarf (149)	+/- 0
<b>Zwischensumme Deckungskreise ZD</b>	<b>(65)</b>
Miete Telefon- u. Meldeanlagen	- 2
Grundbesitzabgaben, Gebäude, Inventarversicherungen	+ 34
Heizung	+ 46
Reinigungsmittel	- 12
Reinigung öffentlicher Gebäude	+ 41
Strom, Wasser, Kehrgebühren	- 87
Versicherungen	+ 5
Telefon- u. Internetgebühren	- 12
<b>Zwischensumme Deckungskreise StA 65</b>	<b>(+13)</b>
<b>Deckungskreise (nur Sachaufwendungen)</b>	<b>+ 78</b>
<b>Deckungskreise gesamt</b>	<b>+ 896</b>

## Deckungskreise der Zentralen Dienste

### **Deckungskreis (1) - Personalaufwendungen**

Nach der Berechnung des Sachgebietes Personal schließt der Deckungskreis 1 "Personalaufwand" im Jahr 2016 mit einem **Minderaufwand** von **ca. 509 T €** ab. Dies begründet sich wie folgt:

#### **Minderaufwendungen:**

Anders als erwartet hat der Tarifabschluss TVöD vom 01.03.2016 lediglich Aufwendungen in Höhe von rd. 280 T € verursacht. Im Haushaltsansatz kalkuliert wurden 310 T €. Hier ergibt sich ein Minderaufwand in Höhe von insgesamt **rd. 30 T €**.

Des Weiteren wurde der Tarifabschluss TVSuE (Sozial- und Erziehungsdienst) für das Jahr 2016 pauschal mit 5% kalkuliert, welche so nicht eingetreten sind. Die tatsächlichen Aufwendungen belaufen sich auf rd.145 T € im Jahr 2016. Hier ist ein Minderaufwand von **rd. 45 T €** entstanden.

Trotz Tariferhöhung ist im Bereich der städt. Familienzentren im Ergebnis ein zusätzlicher Minderaufwand zu verzeichnen. Basis der Kalkulation war hier ebenfalls das Buchungsverhalten der Eltern im Jahr 2015.

Der Minderaufwand resultiert zum Einen aus dem verringerten Buchungsverhalten der Eltern. Zum Anderen ist aber auch anzumerken, dass in den vergangenen Jahren eine höhere Belegung der Familienzentren erfolgte als eigentlich an Kapazitäten möglich war. Aufgrund einer strengeren Aufsicht seitens des Landesjugendamtes ist diese Überbelegung zukünftig nicht mehr zulässig. Darüber hinaus werden im Bereich "Sonderprogramme" die Programme "Delfin 4" sowie "Sprache & Integration" ab dem Kindergartenjahr 2016/2017 nicht mehr angeboten.

Stundenerhöhungen ergeben sich unter anderem für den Bereich "Integration". Hier wurden ab dem 01.10.2016 zusätzliche Stunden zur Betreuung von Integrationskindern anerkannt. Diese Stunden konnten in 2016 jedoch nur teilweise besetzt werden. Darüber hinaus wurde im Bereich der Küchenkräfte eine Stundenerhöhung zur Unterstützung des Vereins zur Betreuung von Schulkindern e.V. im Bereich der Offenen Ganztagschule notwendig. Diese Mehraufwendungen werden jedoch im vollen Umfang erstattet.

Alles in allem ergeben die aus den o.g. Gründen erforderlichen Stundenanpassungen für den Bereich der städt. Familienzentren ohne Berücksichtigung des Tarifabschlusses TVSuE einen zusätzlichen Minderaufwand in Höhe von **rd. 75 T €**.

Im Bereich der Versorgungsumlage ist der Ansatz für 2016 anders als prognostiziert (30.09.2016: 218 T € Mehraufwand) im Rechnungsergebnis nun ebenfalls mit **rd. 5,6 T €** leicht unterschritten worden. Hintergrund ist die differenzierte Sichtweise zwischen den tatsächlich geleisteten Auszahlungen in 2016 und dem für 2016 zuzuordnenden Zahlungen. Die geleisteten Auszahlungen übersteigen den Ansatz um rd. 129 T € wohingegen die dem Jahr 2016 zuzuordnenden Auszahlungen diesen wie oben beschrieben unterschreiten.

Personalpolitisch konnten die Personalkosten durch diverse Maßnahmen bzw. Umstände, wie z.B.

- Altersteilzeit-Arbeitsphasen
- unerwartetes Ausscheiden von Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern
- krankheitsbedingte Ausfälle ohne bzw. mit geringerwertigen Vertretungen (mehrere Fälle - tlw. mehrere Monate)
- ausgesprochene Beschäftigungsverbote
- Verlängerung/Gewährung von Teilzeitbeschäftigungen / Beurlaubungen
- kontinuierliche Nichtbesetzung von Stellen oder Stellenanteilen (Wiederbesetzungssperre)
- Änderung von Stellenausweisungen

um **rd. 623 T €** vermindert werden.

Den o.g. Minderaufwendungen stehen teilweise **Mehraufwendungen** entgegen:

#### **Mehraufwendungen:**

Nach Vorgabe des StA 20 musste aus dem Deckungskreis Personalaufwand ein pauschaler Beitrag zur Haushaltskonsolidierung in Höhe von **150 T €** geleistet werden.

Auch hat der enorme Zufluss an Geflüchteten zu diversen nicht kalkulierten Neueinstellungen und zusätzlichen Stundenerhöhungen geführt. Allein hierfür ist in 2016 ein Mehraufwand in Höhe von **rd. 112 T €** (2,81 Stellen Sozialarbeiter und 0,3 Stelle VHS) entstanden. Anzumerken ist hier jedoch, dass diesem Mehraufwand Personalkostenerstattungen im Deckungskreis 3 (s. Punkt 2) gegenüber stehen. Diese übersteigen sogar den tatsächlichen Mehraufwand, da zusätzlich zu den Erstattungen für neueingestelltes auch Erstattungen für bereits vorhandenes Personal erfolgt sind.

Das vom Land geförderte Projekt zur musikalischen Früherziehung "JeKI" bzw. das Folgeprojekt "JeKITS" wurde für das Jahr 2016 anders als im Vorjahr bereits im Ansatz kalkuliert. Basis für die Kalkulation war das Buchungsverhalten der Eltern im Jahre 2015. Im Vergleich zum Vorjahr ergeben sich für das Jahr 2016 Veränderungen aufgrund der beschlossenen Tarifierhöhung TVöD und aufgrund von 12,47 wöchentlichen Mehrstunden seit dem 01.08.2016 als Ergebnis aus dem Buchungsverhalten der Eltern. Die Mehraufwendungen aufgrund der Tarifierhöhung sind oben bereits als Gesamtsumme ausgewiesen. Die Mehraufwendungen aufgrund der erforderlichen Mehrstunden liegen bei **rd. 7,5 T €**.

Die Personalaufwendungen sind teilweise durch entsprechende Erstattungen im Deckungskreis 3 (s. Punkt 2) gedeckt.

**Übersicht:**

Minderaufwand personalpolitische Maßnahmen ca.	-622.900 Euro
Minderaufwand Tariferhöhung	-30.000 Euro
Minderaufwand Tariferhöhung TVSuE ca.	-45.000 Euro
Minderaufwand städt. Kindertagesstätten ca.	-75.000 Euro
Minderaufwand Versorgungskasse rd.	-5.600 Euro
Mehraufwand Konsolidierung	150.000 Euro
Mehraufwand Personal für Geflüchtete ca.	112.000 Euro
Mehraufwand JeKI bzw. JeKITS ca.	7.500 Euro
<b>entspricht Minderaufwand von ca.</b>	<b>509.000 Euro</b>

=====

**Deckungskreises (3) – Personalkostenerstattungen**

Für den Doppelhaushalt 2016 / 2017 wurde erstmalig ein Deckungskreis für Personalkostenerstattungen (Deckungskreis 3) eingerichtet. Ziel war es, im Abschlussbericht zum Haushaltsjahr 2016 das tatsächliche Ergebnis der Personalaufwendungen (Nettopersonalaufwendungen - s. Produktbericht) sowie bestehende Eigenanteile der Stadt Bergkamen insbesondere für die großen Bereiche JeKI/JeKITS und städt. Familienzentren transparent darstellen zu können.

Der Deckungskreis 3 "Personalkostenerstattungen" schließt nach der Berechnung des Sachgebietes Personal im Jahr 2016 mit einem **Mehrertrag** von **rd. 309 T €** ab.

**Mehrerträge:**

Der Hauptanteil der Mehrerträge wird durch die Personalkostenerstattungen für die Hilfe für Geflüchtete erwirtschaftet. Diese führen insgesamt zu einem Mehrertrag in Höhe von **rd. 138 T €**. Dass die Summe der Mehrerträge die Summe der Mehraufwendungen übersteigt, liegt an zusätzlichen Erstattungen für bereits vorhandenes Personal, welche vorher nicht feststanden.

Auch sind im Bereich der städt. Familienzentren durch höhere Zuschüsse seitens des Landes Mehrerträge in Höhe von **rd. 50 T €** entstanden.

Die Erstattungen des EBB bzw. SEB für die Inanspruchnahme städt. Verwaltungspersonals führen im Ergebnis zu einem Mehrertrag in Höhe von **rd. 42 T €**. Der Wechsel zweier städt. Personalfälle in den Bereich des EBB wird sich erst in 2017 bemerkbar machen.

Einen weiteren großen Mehrertrag machen die Personalkostenerstattungen des Entsorgungsbetriebs Bergkamen aus, die dadurch entstehen, dass städt. Personal des Baubetriebshofs (StA 68) ausgeliehen wird. Kalkuliert wurde hier mit einem Wert in Höhe von rd. 88 T € Tatsächlich entstanden sind im Ergebnis jedoch Erträge in Höhe von rd. 108 T €. Der Mehrertrag beläuft sich demnach auf **rd. 20 T €**.

Die restlichen **59 T €** konnten u.a. durch bereits in 2015 beschiedene Fördermittel des Bundes sowie privatrechtliche Erstattungen an den Baubetriebshof und Mehrerträge im Bereich JeKI/JeKITS sowie Erstattungen durch den Verein zur Betreuung von Schulkindern e.V. erreicht werden.

## **Deckungskreis (110) – Mieten EDV-Anlagen/ Büromaschinen**

- Gemeinsamer Deckungskreis von ZD (10) und ZD (16/EDV) –

Durch den Abschluss neuer Mietverträge für den Bereich Büromaschinen wurden zusätzliche Einsparungen von **12 T €** im Bereich ZD (10) erzielt.

Im Bereich EDV – Anlagen ist es gelungen, trotz einer gestiegenen Anzahl an Peripheriegeräten, die Aufwendungen ebenfalls weiter zu reduzieren. Die reduzierten Aufwendungen können mit **18 T €** beziffert werden.

In 2016 kann daher ein **Minderaufwand** in Höhe von insgesamt **30 T €** errechnet werden.

## **Fazit zu den Deckungskreisen der Zentralen Dienste**

Insgesamt ist festzustellen, dass aufgrund konsequent wirtschaftlichen Verwaltungshandelns, d.h. durch einen sparsamen Umgang mit anvertrauten Haushaltsmitteln **Minderaufwendungen/Mehrerträge** von insgesamt **883 T €** (+ 818 T € Personalaufwendungen zzgl. 65 T € Sachaufwand) zu verzeichnen sind.

## **Deckungskreise Sachgebiet Hochbau, Gebäudewirtschaft**

### **Deckungskreis 65 - Grundbesitzabgaben**

Bereits in der vorangegangenen Stellungnahme zur Entwicklung der Deckungskreise wurde darauf hingewiesen, dass das voraussichtliche Ergebnis 2016 erheblich über dem von 2015 (Mehraufwand 12 T €) liegen wird. Die vorliegenden Zahlen betätigen die Prognose. Es ist ein **Minderaufwand** von **34 T €** zu verzeichnen.

### **Deckungskreis 65 - Heizung**

Aufgrund des milden Winters und den umgesetzten energetischen Maßnahmen, ist in diesem Bereich ein **Minderaufwand** in Höhe von rd. **196 T €** zu verzeichnen. Ein weiterer Ansatz für die Einsparung sind die Belegzahlen der Albert-Schweitzer-Schule und der Pestalozzischule. Beide Schulen sind nicht mehr im Schulbetrieb, werden aber anderweitig genutzt. Zu erwähnen ist hier, dass jedoch eine Rückstellung in Höhe von 150 T € gebildet wurde und aus diesem Grund in diesem Bereich nur ein Minderaufwand von 46 T € in der o. a. Tabelle ausgewiesen wurde.

### **Deckungskreis 65 - Reinigungsmittel**

Im Bereich Reinigungsmitteln ist ein **Mehraufwand** in Höhe von **12 T €** zu Grunde zu legen. Ausschlaggebend hierfür sind u.a. die gestiegenen Hygienevorschriften in den KiTa's und den Offenen Ganztagsgrundschulen.

### **Deckungskreis 65 - Fremdreinigung**

Bei diesem Deckungskreis kommt es zu einem **Minderaufwand** in Höhe von **41 T €**. Da einzelne Gebäude bzw. Gebäudeteile (Hellwegschule) nicht mehr für städtische Nutzungen benötigt werden, entfallen hier die Reinigungsleistungen. Zudem wurden Bodengrundreinigungen aus organisatorischen Gründen nicht durchgeführt.

### **Deckungskreis 65 - Strom, Wasser und Kehrgebühren**

Bei dem vorgenannten Deckungskreis ist ein **Mehraufwand** in Höhe von **87 T €** zu beziffern. Ausschlaggebend hierfür ist, dass im Berichtszeitraum ca. 85 Wohnungen zusätzlich für die Unterbringung von Flüchtlingen angemietet wurden. Daraus resultieren zusätzliche Kosten für Strom, Wasser und Kehrgebühren.

### **Deckungskreis 65 - Telefon- und Internetgebühren**

Bei dem Ergebnis ist ein **Mehraufwand** von rd. **13 T €** festzustellen. Neben den normalen Entgelten beinhalten die Kosten ebenfalls Entgelte für die Internetnutzung und die Bereitstellung zusätzlicher Verbindungen zwischen Verwaltungsgebäude und Nebenstellen. Um den Betrieb der Außenstellen ordnungsgemäß aufrecht zu erhalten, ist eine Erhöhung der Bandbreiten zwingend notwendig.

### **Fazit zu den Deckungskreisen des Sachgebietes Hochbau, Gebäudewirtschaft**

Im Haushaltsjahr 2016 standen für die Bewirtschaftung der vorgenannten Deckungskreise Gesamtmittel in Höhe von **4.435 T €** zur Verfügung. Die Bewirtschaftung der entsprechenden Positionen des Baubetriebshofes erfolgt über das Sachkonto und ist daher nicht Gegenstand dieser Stellungnahme.

Zum Zeitpunkt des Buchungsschlusses lagen für den Deckungskreis Heizung, Strom, Wasser und Kehrgebühren noch keine Jahresrechnungen vor. Aus diesem Grunde ist der jetzige rechnerische Minderaufwand in Höhe von rd. 163 T € durch eine gebildete Rückstellung in Höhe von 150 T € zu reduzieren, sodass letztendlich der gesamte Deckungskreis mit einem **Minderaufwand** in Höhe von rd. **13 T €** abschließt.

### **Fazit zum Ergebnis aller Deckungskreise**

Die Deckungskreise der ZD werden voraussichtlich mit einer Verbesserung von insgesamt 883 T € und die Deckungskreise des Sachgebietes 65 mit einer Verbesserung in Höhe von 13 T € abschließen. Mithin ist nach aktueller Sachlage im Bereich der Deckungskreise mit einer **Gesamtverbesserung** von **896 T €** zu rechnen.

### **Entwicklung des Gesamtergebnisplanes**

Unter Berücksichtigung der vorliegenden Prognosen der Budgets sowie der Deckungskreise ergeben sich für den gesamten Ergebnisplan zum Jahresende 2016 voraussichtlich **Haushaltsverbesserungen** von rund **2.732 T €**.

Gemäß NKF-Haushalt war für 2016 ein Jahresergebnis von + **176 T €** veranschlagt. Aktuell ist das Jahresergebnis nunmehr mit + **1.957 T €** zu kalkulieren.

### Gesamtbeurteilung des Ergebnisplanes

Zusammengefasst ergeben sich für 2016 bislang folgende Abweichungen:

	<b>Verbesserung (+) bzw. Verschlechterung (-) in T€</b>
Budgetbereich 1	+ 8
Budgetbereich 2	+ 4.161
Budgetbereich 3	- 4.171
Budgetbereich 4	+ 857
Budgetbereich 9	+ 981
Deckungskreis Personal	+ 818
Deckungskreise Sachkosten	+ 78
Bildung von Rückstellungen für unterlassene Instandhaltungen	- 951
<b>Ergebnishaushalt gesamt</b>	<b>+ 1.781</b>

Hinweis zu den Budgetverbesserungen bzw. –verschlechterungen:

Die ausgewiesenen Zahlen basieren auf Auswertungen von Ende Januar 2017.

Ergänzend ist noch darauf hinzuweisen, dass durch die Kämmerei noch weitere Jahresabschlussbuchungen nach den Bestimmungen des NKF, wie z.B. Abschreibungen, Erträge aus der Auflösung von Sonderposten, Pensions-/Beihilferückstellungen, etc. sowie Rechnungsabgrenzungen durchzuführen sind. Auf die Auswirkungen dieser Buchungen kann in den Stellungnahmen von den Budgetverantwortlichen nicht eingegangen werden, da sie keinen Einfluss auf die einschlägigen Buchungsstellen nehmen können. Mithin werden aus sachlichen und rechtlichen Gründen noch Veränderungen gegenüber der Prognose dieser Sachdarstellung eintreten.